

Einführung

Andrea Kuhlmann, Gerhard Naegele und Elke Olbermann

1 Teilhabe im Alter gestalten – begriffliche Einordnung und sozialgerontologische Perspektiven

Kennzeichnend für demokratische Gesellschaften ist, dass allen Menschen, unabhängig von ihrem Alter, grundsätzlich ein Recht auf Teilhabe am sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Leben zusteht. Ausgehend von diesem mehrdimensionalen Begriffsverständnis stellt die Ermöglichung von Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen eine Gestaltungsaufgabe dar (Wendt 2008):

- Ökonomische Teilhabe: Beteiligung am Arbeitsleben, Verfügbarkeit finanzieller Mittel und Entscheidungen zu ihrer Verwendung;
- Politische Teilhabe: Teilhabe der BürgerInnen an öffentlichen Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen, einschließlich Möglichkeiten der Einflussnahme, Mitbestimmung und (in-)direkten Mitwirkung an lebens(welt-)bezogenen Entscheidungen;
- Kulturelle Teilhabe: Teilhabe am kulturellen Leben und dafür grundlegenden Bildungsprozessen sowie
- Soziale Teilhabe: informelles und persönliches Eingebunden sein in primären Netzwerken wie Familie, Freundeskreis und soziale Aktivitäten in der Gesellschaft.

In einer zunehmend durch das Alter geprägten Gesellschaft gilt es zudem, Generationengerechtigkeit sicherzustellen (Hüther & Naegele 2012). Dies impliziert zum einen Verantwortung der älteren Generationen für eine stärkere „Entwicklung, Aufrechterhaltung und Nutzung von Potenzialen und Ressourcen“; zum anderen wird daraus im gesellschaftlichen Diskurs eine – allerdings nicht unumstrittene – Verpflichtung zur Partizipation abgeleitet, die zudem an eine grundlegende, noch nicht durchgängig realisierte „Akzeptanz sozialer und politischer Partizipation im Alter, und eine differenzierte Perspektive auf Ressourcen und Potenziale des Alters“ gebunden ist (Kruse & Schmitt 2014, 151).

Auch wenn für politische Mitwirkung (nicht nur) mit Blick auf ältere Menschen noch Weiterentwicklungsbedarf besteht (Naegele 2008), ist zumindest rein quantitativ infolge der demografischen Alterung eine deutliche „politische

Präsenz Äterer“ (Naegele i.E.) zu verzeichnen. Dies zeigt sich bei der Wahlberechtigung und -beteiligung, aber auch in der (aktiven) Mitgliedschaft Äterer in politischen Parteien, Verbänden, Interessenvertretungen oder ihrer Beteiligung an neuen Formen der Bürgerbewegung. Auf individueller Ebene bezieht sich Partizipation auf das zivilgesellschaftliche Engagement des „Aktivbürgers“, „der an der Erörterung öffentlicher Belange sowie an der Artikulation daraus folgender gemeinwohlorientierter Aktivitäten interessiert und in dieser Hinsicht auch im hohen Maße kompetent ist“ (Naegele 2008, 94).

Es ist davon auszugehen, dass in den nachrückenden Kohorten älterer Menschen zunehmend bessere Voraussetzungen für ein aktives Engagement und die Verwirklichung sozialer Teilhabe bestehen. Wichtige Anhaltspunkte dafür sind u.a. sogenannte Niveauerhöhungen insbesondere in den Bereichen Bildung, Einkommen/Vermögen, berufliche Qualifikation und Berufserfahrung, Gesundheit, allgemeines Aktivitätsniveau sowie eine Integration in das Gemeinwesen. Diese Ressourcen und Potenziale können als aktivitätsförderliche Faktoren interpretiert werden (ebd.), treffen vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Vertiefung sozialer Ungleichheiten jedoch nicht für die gesamte ältere Bevölkerung zu. Dementsprechend ist lediglich für (Teil-)Gruppen älterer Menschen davon auszugehen, dass diese zunehmend über gute persönliche Voraussetzungen zur Verwirklichung von Teilhabe verfügen (ebd., Naegele i.E.). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass für sozial benachteiligte Gruppen Äterer Strategien (weiter) zu entwickeln sind, die ihrer drohenden Ausgrenzung im Rahmen von Partizipationsangeboten entgegenwirken (Fehren & Bär 2015).

Die Ermöglichung von Teilhabe im Lebensverlauf weist enge Bezüge zum mehrdimensionalen Konzept der Lebenslage auf (Naegele i.E.). Der aus der Ungleichheitsforschung entlehnte Forschungsansatz zielt in seiner sozialpolitischen Anwendung darauf, soziale Risiken und Gefährdungen auch in den Lebenslagen älterer Menschen u.a. durch die Ermöglichung von Teilhabe und durch aktive Mitwirkung des Einzelnen (durch Nutzung der Handlungsspielräume) zu überwinden. Als Instrument zur Analyse und Gestaltung ist dieser dazu geeignet, entsprechenden (sozialen) Gefährdungssituationen in alternden Gesellschaften, zu denen insbesondere auch zunehmende soziale Ungleichheiten zählen, zu begegnen (ebd.). Der im Lebenslagekonzept definierte Dispositions- und Partizipationsspielraum, verstanden als „Art und Ausmaß sozialer Teilnahme, Mitbestimmung und Mitgestaltung“ bildet – neben der ökonomischen Lage, der Versorgung mit sozialkulturellen Diensten/Gütern, sozialen Kontakten, Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten sowie dem Gesundheitszustand und den Muße-/Regenerationsmöglichkeiten – eine von sechs Dimensionen, die zur Definition von Handlungsspielräumen herangezogen werden. Für eine „Modernisierung“ des Lebenslagekonzeptes und seiner Dimensionen wäre es eventuell

zukunftsweisend, „Teilhabe“ nicht nur als einzelne Dimension, sondern vielmehr querschnittlich zu verstehen.

Die Verwirklichung von Teilhaberechten und -pflichten setzt auf gesellschaftlicher Ebene die Bereitstellung und Gestaltung entsprechender Teilhabemöglichkeiten und -strukturen voraus (Kruse & Schmitt 2014, BMFSFJ 2006). Wesentliche Voraussetzung für das Gelingen von Teilhabe ist zum einen die Kenntnis subjektiver Bedingungen (u.a. Demokratieverständnis, Bildungspotenzial, Informationsverhalten), zum anderen sind verschiedene strukturelle Rahmenbedingungen (objektive Bedingungen wie z.B. gesellschaftliche und politische Strukturen, Bildungsangebote, Partizipationskultur) zu berücksichtigen (Köster et al. 2008). Zusammengenommen umschreiben subjektive und objektive Bedingungen das Spannungsfeld, aus dem sich anlassbezogen in Konflikt- oder Entscheidungssituationen (z.B. Bedarf für die Entwicklung seniorenbezogener Angebote in einem Quartier) Partizipationsprozesse mit unterschiedlicher Reichweite entwickeln können. Der Grad der Beteiligung kann in vier Stufen, und zwar von der Information, über das Mitwirken, das Mitentscheiden bis hin zum Selbstverwalten, abgebildet werden (ebd.).

Teilhabemöglichkeiten im Alter zu verbessern und nachhaltige Strukturen und Instrumente zu entwickeln, die Älteren mehr Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, stellt ein zentrales Anliegen anwendungsorientierter sozialgerontologischer Forschung dar. Die Ermöglichung von Partizipation, sozialer Teilhabe sowie Mitwirkung und -gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Alter zählt zu den traditionellen Themen der sozialen Gerontologie (Kricheldorf & Oswald 2015). Nach einer lange Zeit vorwiegend auf das Individuum und die Entwicklung von (Einzel-)Interventionen ausgerichteten Forschungspraxis, steht aktuell eine stärker sozial-räumliche Perspektive im Mittelpunkt (ebd.). Hierbei werden verschiedene Kontexte und Orte der Teilhabe mit je spezifischen Zugängen analysiert (z.B. der Arbeitsplatz, der soziale Nahraum der persönlichen Wohnumgebung und Nachbarschaft). Wie die folgenden Beiträge illustrieren, bestehen aus interdisziplinärer Sicht vielfältige Ansatzpunkte für die Verbesserung und Förderung von Teilhabe: im Bereich der Altersvorsorge ebenso wie für das Wohn(-umfeld), für neue Technologien, im betrieblichem Alternsmanagement, hinsichtlich der Konzeption, Organisation und Umsetzung von sozialen, gesundheitlichen und pflegerischen Diensten und Einrichtungen, bei der Gestaltung von Bildungsangeboten bis hin zur kommunalen Planung und Interessensvertretung.

2 Thematische Einordnung der Beiträge

Die folgenden Beiträge lassen sich thematisch alle dem unmittelbaren und/oder mittelbaren Arbeitskontext der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG) zuordnen. Es kommen AutorInnen zu Wort, die entweder lange Jahre selbst hier beschäftigt sind bzw. waren oder der Dortmunder Arbeit in besonderer Weise inhaltlich, kollegial und/oder freundschaftlich verbunden sind. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher disziplinärer Zugänge und Anknüpfungspunkte befassen sich alle in diesem Buch versammelten Beiträge mit dem Oberthema „*Teilhabe im Alter gestalten*“ und zeigen dabei jeweils zukunftsbezogene Handlungsoptionen und -erfordernisse auf. Orientiert an den aktuellen Arbeitsschwerpunkten der FfG können die Beiträge vier großen Gruppen zugeordnet werden.

2.1 Lebenslagen, Lebensformen und soziale Integration

Bezug nehmend auf die aktuelle sozialpolitische Debatte zur (drohenden) Zunahme der Altersarmut nimmt *Gerhard Bäcker* in einem ersten Schritt eine begriffliche Klärung vor, was unter Altersarmut zu verstehen ist, welchen Umfang Altersarmut derzeit hat und wie sich die zukünftige Entwicklung abschätzen lässt. In einem zweiten Schritt wird danach gefragt, in welchem Verhältnis Armutsvermeidung und Lebensstandardsicherung zueinander stehen: Wie ist die zukünftige finanzielle Lage jener Älteren einzuschätzen, die sich im breiten Mittelfeld der Alterseinkommen (zum Teil nur knapp oberhalb der Armuts Grenzen) befinden und deren Lebensstandardsicherung zunehmend von den Leistungen der betrieblichen und privaten Vorsorge abhängt? Abschließend wird diskutiert, welche Folgen, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, rentenpolitische Reformkonzepte haben, die sich auf die Armutsbekämpfung begrenzen und die Lebensstandardsicherung auf die zweite und dritte Säule verlagern.

Mit dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Thema Migration und Teilhabe im Alter befasst sich *Elke Olbermann* in ihrem Beitrag. In einem Überblick zur diesbezüglichen sozialgerontologischen Forschung wird – unter wesentlicher Bezugnahme auf frühere und laufende FfG-Projekte – auf die Wechselbeziehungen von Teilhabe und anderen Lebenslagemerkmale von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte eingegangen und verdeutlicht, dass sich migrationsspezifische Bedingungen und Benachteiligungen in besonderen Herausforderungen niederschlagen. Davon ausgehend werden ausgewählte Aspekte der Teilhabe älterer MigrantInnen vertiefend erörtert. Es wird deutlich, dass insbesondere verhältnis- und verhaltenspräventive Ansätze gefragt sind,

aber geeignete Ermöglichungsstrukturen für deren Verbreitung weitgehend fehlen. Partizipation ist für diese besondere Personengruppe zwar punktuell möglich und wird auch versucht, aber nicht nachhaltig gefördert. Familiäre Hilfe wäre wichtig, kann aber die gesellschaftliche Teilhabe der UnterstützerInnen gefährden. Im Fazit werden zukünftige Forschungs- und Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Teilhabe älterer MigrantInnen skizziert, die sich auf die Weiterentwicklung von Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen unter Einbeziehung der älteren MigrantInnen selbst sowie ihres familiären und sozialen Umfeldes beziehen.

Der Beitrag von *Andreas Kruse* und *Eric Schmitt* beschäftigt sich mit dem hohen Alter, einer Lebensphase, in der nach weit verbreiteter Meinung „die Verletzlichkeit des Menschen in den Vordergrund“ tritt. Der Beitrag nimmt insofern eine differenzierte Sichtweise ein, in dem er die Verletzlichkeits- mit der (Entwicklungs-)Potenzialperspektive systematisch verbindet. Selbst bei erhöhter Verletzlichkeit seien demnach insbesondere im emotionalen, motivationalen und im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung bemerkenswerte Stärken und Entwicklungsschritte zu erkennen. Vor diesem Hintergrund wird die strikte Trennung zwischen „drittem“ und „viertem“ Lebensalter kritisiert, ebenso eine häufig daran festgemachte Trennung zwischen „positiven“ und „negativen“ Altersbildern. Belegt wird dies durch Befunde der Generali-Hochaltrigen Studie (2014/15). Es wird verdeutlicht, dass sich speziell in den Bereichen „Begegnung mit anderen Menschen“ und „Engagement für andere Menschen“ Dimensionen der „Mitverantwortung als bedeutende Formen der Weltgestaltung“ für hochaltrige Menschen, konkretisiert an der Sorge für und um andere Menschen, aufzeigen lassen, die „das mitverantwortliche Leben als ein bedeutendes Motiv des hohen Alters“ ausweisen.

Frank Oswald und *Hans-Werner Wahl* setzen sich mit der sozial-räumlich-technischen Verortung von Teilhabe im Alltag älterer Menschen auseinander. Unter Berücksichtigung von Arbeiten zur Bedeutung einer quartiersnahen Altenarbeit und aktueller Konzepte und Befunde der Person-Umwelt-Forschung wird am Beispiel des Themas „Wohnen alter Menschen“ nach Bezugspunkten für Teilhabe im Alter gefragt. Außerdem wird die Bedeutung von neuen Technologien für Teilhabeprozesse im Alter in den Blick genommen. Ausgehend von einem breit gefassten Begriff der Wohnumwelt, der sowohl Wohnformen, -bedingungen, -prozesse und -folgen als auch das Wohnumfeld (Quartier, Stadtteil) einbezieht, werden aktuelle Ergebnisse aus dem Projekt BEWOHNT zum Erleben von Nachbarschaft, sozialer Teilhabe und erlebter Quartiersverbundenheit vorgestellt. Es wird gezeigt, dass die allgemeine Teilhabeforschung maßgeblich von der Wohnforschung profitieren kann. Zusätzlich kann erwartet werden, dass künftig auch Einsatz und Anwendung neuer Technologien positiv

auf die Teilhabemöglichkeiten und -bedingungen Älterer in ihren jeweiligen Lebenswelten ausstrahlen (u.a. Informationsbeschaffung und -nutzung, sozialer Austausch, Unterstützung außerhäuslicher Mobilität, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben).

Martina Brandt liefert einen Einblick in die SHARE-Forschung zum Zusammenhang von Familie und Staat. Ihr Bezugspunkt ist die bekannte Auseinandersetzung zwischen „crowding in“ (Anreiz für Ausweitung) und „crowding out“ (Anreiz für Rückzug) familialer Hilfeleistungen an hilfebedürftige Familienmitglieder durch monetäre staatliche Transfers. Nach den berichteten Befunden schließen sich „crowding out“ und „crowding in“ nicht gegenseitig aus. Vielmehr ergänzen sie sich: Während und möglicherweise gerade *weil* die eine Leistung ‚verdrängt‘ wird, wird die andere ‚gefördert‘. Wenn intensive, regelmäßig notwendige, zeitaufwendige Aufgaben wie Pflege durch professionelle Anbieter übernommen werden, erfolgen mehr sporadische Hilfeleistungen zwischen Generationen, in der Familie und im gesamten sozialen Netzwerk. Familie und Dienstleister teilen sich unterschiedliche Aufgaben und arbeiten im besten Falle komplementär miteinander. Zudem geht ein größeres Dienstleistungsangebot mit geringerer Geschlechterungleichheit und mehr Freude am Helfen einher – zumindest wenn man Hilfe zwischen Eltern und erwachsenen Kindern im europäischen Vergleich betrachtet.

Der Beitrag von *Ludger Veelken* betrachtet den Zusammenhang von Generationenbeziehungen und Bildung. Nach einer theoretischen Einordnung werden zwei praktische Beispiele intergenerationellen Lernens beschrieben. Im Projekt „Alt und Jung unter einem Dach“ geht es um die räumliche und konzeptionelle Kombination von einem Wohn- und Pflegeheim und einer Kindertageseinrichtung. Begleitet wird dies durch einen systematischen Austausch auf der Ebene der leitenden MitarbeiterInnen sowie durch strukturierte Fort- und Weiterbildungen für ErzieherInnen und für die in der Pflege Beschäftigten. Der Modellversuch „Entwicklung und Erprobung eines Studienangebotes für Senioren zur Ausbildung von Animatoren und Multiplikatoren“ bildete die Grundlage für das weiterbildende Studium für SeniorInnen (TU Dortmund). Es wird aufgezeigt, dass von den wechselseitigen intergenerationellen Lernprozessen zwischen älteren und jüngeren Studierenden beide Gruppen gleichermaßen profitieren. Intergenerationelle Lernprozesse sind auf vielfältige Settings und Situationen übertragbar und können einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe der Generationen leisten.

Renate Schramek und *Elisabeth Bubolz-Lutz* beschreiben partizipatives Lernen als einen weiteren geragogischen Ansatz. Ausgehend von einer sozialgerontologischen Einordnung der Begriffe „Lernen“ und „Bildung“ im Alter wird ein umfassendes Bildungsverständnis zugrunde gelegt, das zur Förderung der

Teilhabe neben dem individuellen Wissens- und Kompetenzerwerb auf die Befähigung zur Gestaltung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse abhebt. Im Anschluss an die Definition von Partizipation werden konzeptionelle Grundlagen teilhabeorientierter Altersbildungsangebote vorgestellt und Beispiele für partizipativ angelegte Lernprozesse skizziert. Im Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ wurden MitarbeiterInnen von Kommunalverwaltungen dafür qualifiziert, eigenständig passgenaue Strategien zur Implementierung von Bürgerengagement vor Ort zu entwickeln. Selbstorganisierte Bildungsprozesse im bürgerschaftlichen Engagement wurden z.B. im Projekt Pflegebegleiter erprobt. Vor- und Nachteile abwägend wird resümiert, dass „Lernkonzepte nicht zu einer Verschulung des Alters führen dürfen“. Ein gleichberechtigter Zugang zu (Alters-)Bildungsangeboten ist deshalb ebenso zu fördern wie die Verbreitung – und individuelle Akzeptanz – lebenslangen Lernens, was alter(n)s-gerechte (lebens-)begleitende Lern- und Bildungsangebote einschließt.

Verena Reuter, Sandra Schulze und Alexandra Cosack stellen Innovationen für die Beratung und Begleitung Älterer in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung vor. Der Beitrag skizziert einleitend den Begriff (soziale) Innovation und zeigt dessen Bedeutung für die pflegerische Versorgung auf. Anschließend werden zwei innovative Modelle vorgestellt. Das Projekt „Patientenbegleiter“ richtet sich vor allem an alleinlebende Ältere und bietet Lösungen für eine Erleichterung des Übergangs zwischen eigener Häuslichkeit und Krankenhaus. Der „Mobilen Demenzberatung“ liegt ein niedrigschwelliger zugehender Beratungsansatz zugrunde. Mithilfe eines umfänglich ausgestatteten Beratungsfahrzeuges werden Informationen und Beratung quartiersnah angeboten. Als allgemeine Erfolgsfaktoren innovativer Modelle werden intersektorale Vernetzung und Kooperation sowie der Einbezug der MitarbeiterInnen- wie der Betroffenenperspektive benannt.

Innovationen in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung können auch dazu beitragen, dass neue Rollen und Berufsbilder mit unterschiedlichen Anforderungen an die qualifikatorischen Voraussetzungen entstehen: Neben neuen geringqualifizierten Tätigkeiten gewinnen zunehmend (neue) akademische Ausbildungsprofile an Bedeutung. Ausgehend von gegenwärtigen Veränderungsanforderungen in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung beschreibt der Beitrag von *Andrea Kuhlmann, Annette Franke und Gerhard Naegele* zunächst, welche gesamtgesellschaftlichen und fachlichen Entwicklungen einem zunehmend geforderten Einsatz akademischer Fachkräfte zugrunde liegen. Im Anschluss daran wird die bisherige Entwicklung der Studienlandschaft grob skizziert. Auf der Grundlage von Ergebnissen einer explorativen Befragung im Rahmen des gemeinsam von FfG und Medizinischer Hochschule Hannover durchgeführten Forschungsvorhabens „Personalbedarf in der Alten-

hilfe und Altenpflege in Baden-Württemberg – Expertise unter Berücksichtigung des Bedarfs an nicht-medizinischen Fachkräften mit akademischer Qualifikation“ werden abschließend Einschätzungen zum (zukünftigen) Bedarf an nicht-medizinischen akademischen Fachkräften in Baden-Württemberg in den Praxisfeldern der Altenhilfe und Altenpflege aus Expertensicht vorgestellt.

2.2 Arbeit, Wirtschaft und Technik

Frerich Frerichs und *Mirko Sporket* wenden sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Arbeitswelt dem Feld des betrieblichen Alternsmanagements zu. Sie analysieren – unter Bezugnahme auf frühere FfG-Projekte und eigene Forschungsvorhaben – die individuellen und betrieblichen Herausforderungen für den Erhalt der Leistungsfähigkeit bei alternden Belegschaften und stellen insbesondere die Notwendigkeit einer präventiv orientierten, die gesamte Erwerbsbiographie und damit alle Altersgruppen einbeziehende Handlungsperspektive heraus. Ein diesbezügliches Alternsmanagement umfasst fünf zentrale Handlungsfelder: Arbeitsgestaltung, Laufbahngestaltung, Gestaltung altersgerechter Weiterbildung, Förderung gesundheitsgerechter Verhaltensweisen und Gratifikationsgestaltung. Es ist eingebunden in ein Konzept der „demographic literacy“, das die Fähigkeit von Organisationen beschreibt, demografische Veränderungsprozesse zu analysieren und zu bewerten und im Bedarfsfall die geeigneten Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.

In seinem Beitrag „Politik zur Erhöhung der Erwerbsquoten Älterer in Europa“, der im Kontext des FfG-Projektes MOPACT steht, stellt *Jürgen Bauknecht* zunächst die größtenteils positiven Auswirkungen höherer Erwerbsquoten dar. Es werden modellhaft die Reformanreize und -möglichkeiten für politische Akteure aufgezeigt. Die Darstellung dieser Reformen und ihrer Effekte in europäischen Ländern bezieht sich auf die drei hauptsächlichen Routen aus der Erwerbstätigkeit: Rente, Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit. Zudem werden Lohnzuschüsse diskutiert, deren Ziel die Minimierung der Differenzen zwischen den Reservationslöhnen Älterer und den Lohnangeboten ist. Im Fazit thematisiert der Beitrag die Nachteile sowie die Unumgänglichkeit einheitlicher Regelungen für unterschiedlichste Fälle.

Das Thema „Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege“ hat in jüngerer Zeit in Deutschland einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Ob und wie Unternehmen auf diese Herausforderung reagieren bzw. in der Vergangenheit reagiert haben, wird in dem Beitrag von *Monika Reichert* erörtert. Hierzu werden zwei Studien zu betrieblichen Maßnahmen – eine der FfG aus dem Jahre 1995, die andere aus dem Jahre 2011 – miteinander verglichen, um die Frage zu

beantworten, was sich in einem Zeitraum von 16 bzw. 20 Jahren (2015) in den Unternehmen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege verändert hat. Nach einer einführenden Beschreibung des Personenkreises pflegender Erwerbstätiger und der Folgen einer gleichzeitigen Ausübung von Pflege und Beruf werden die Erkenntnisse der beiden Studien gegenüber gestellt und diskutiert, bevor daraus abzuleitende Handlungsempfehlungen zur Ausweitung und qualitativen Verbesserung betrieblicher Maßnahmen für pflegende Beschäftigte dargelegt werden. Das Fazit ist eher ernüchternd: Allzu viel hat sich in den letzten 16 bis 20 Jahren in den Betrieben nicht verändert.

Die Situation informell pflegender Angehöriger ist auch auf der politischen Agenda der Europäischen Union angekommen – hier mit besonderer Betonung von Work-Life-Balance und Gleichstellung der Geschlechter. Der demografische Wandel und ein stetig wachsender Bedarf an Langzeitpflege haben in vielen Mitgliedsländern dazu geführt, den speziellen Beitrag informeller Pflegekräfte zur Bewältigung des wachsenden Versorgungsbedarfs zu erkennen und nach geeigneten Entlastungsmaßnahmen für die Betroffenen zu suchen. Auch im Bereich der Beschäftigungspolitik wird mit der Forderung nach Erhöhung der Erwerbsquote zunehmend mehr Aufmerksamkeit auf Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter gerichtet. Der Beitrag von *Robert Anderson* skizziert auf der Grundlage einer empirischen Datenanalyse aus dem europäischen Lebensqualitätssurvey die soziale und Beschäftigungssituation von informellen Pflegepersonen in der EU. Die Analysen zeigen, dass die Hälfte der Pflegenden im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig ist, wobei die Beschäftigungsanteile in den verschiedenen europäischen Regionen variieren. Der Beitrag belegt, dass auch nicht erwerbstätige Pflegende im erwerbsfähigen Alter Nachteile erfahren, so vor allem in den Dimensionen Einkommen, Gesundheit und soziale Ausgrenzung. Gefragt wird nach Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für informell Pflegende im erwerbsfähigen Alter, um diesen die Möglichkeit zu geben, eine Arbeit aufzunehmen, ihre Beschäftigung zu erhalten oder – ggf. nach Unterbrechung der Erwerbstätigkeit – danach beruflich wieder einzusteigen. Allerdings stellen sich Entwicklungen in den Mitgliedstaaten uneinheitlich dar, und gute Praxis ist in der Regel nicht weit verbreitet. Bestehende Maßnahmen fokussieren insbesondere Freistellungsansprüche und Beiträge der Sozialpartner sowie betriebliche Initiativen und tarifvertragliche Regelungen.

Nicht nur die Belegschaften, sondern auch ihre Interessenvertretungen altern. Dies stellt Betriebs- und Personalräte vor die Herausforderung, Ansätze zur Gestaltung des Generationenwechsels zu entwickeln, wie z.B. Strategien zur Förderung des Wissens- und Erfahrungsaustauschs zwischen den aus Altersgründen ausscheidenden und den nachrückenden neuen Mitgliedern. In diesem Zusammenhang hat die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG

BCE) ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Mentoring-Pilotprojekt durchgeführt, das von der FfG wissenschaftlich begleitet und evaluiert worden ist und über das im Beitrag von *Britta Bertermann* berichtet wird. Die Projektergebnisse belegen, dass Mentoring auch im Kontext betrieblicher Mitbestimmung eine wirksame Methode der Nachwuchsförderung und des intergenerationalen Wissenstransfers darstellt, die allerdings spezifischer Voraussetzungen bedarf. Aus sozialgerontologischer Sicht ist das Engagement von ausscheidenden Älteren als MentorInnen als eine Gestaltungsperspektive für den Übergang in die Nacherwerbsphase zu betrachten, das einerseits ihre soziale Teilhabe erhält und andererseits den Generationendialog stärkt.

Anja Ehlers und *Anna-Katrin Teichmüller* thematisieren in ihrem Beitrag Probleme, die für blinde und stark sehbehinderte ältere Menschen im Alltag bei der Techniknutzung, insbesondere bei der Bedienung elektronischer Geräte in der eigenen Häuslichkeit, entstehen: Wenn sich Fernseher, Radio, Waschmaschine usw. aufgrund einer Sehbehinderung nicht mehr bedienen lassen, ist nicht nur die selbstständige Lebensführung, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag sowohl die Situation älterer Menschen mit Sehbehinderung als auch Ansätze zur Förderung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe durch innovative Technologien. Letztere reichern die Autorinnen durch eigene Forschungsergebnisse aus dem Projekt „STARK – Steigerung der Lebensqualität durch tragbare, örtlich aufgelöste Displaysysteme für die taktile Kommunikation“ der FfG und des Fachgebietes Mikrotechnik und Elektromechanische Systeme im Institut EMK an der technischen Universität Darmstadt an, das die Entwicklung einer Fernbedienung für Blinde und stark Sehbehinderte zum Inhalt hat.

Katja Linnenschmidt berichtet aus dem laufenden FfG-Projekt „MOPACT – Mobilizing the Potential of Active Ageing“. Ihr Thema ist die Mobilität älterer Menschen und deren positive Beeinflussbarkeit durch technische Innovationen. Übergeordnete Ziele sind die Förderung der Beeinflussung von gesellschaftlicher Partizipation und die Erhöhung von Lebensqualität älterer Menschen. Anhand unterschiedlicher sozialgerontologisch relevanter Dimensionen wird zunächst die Notwendigkeit verbesserter Mobilitätschancen älterer Menschen begründet, dabei wird ein Fokus auf private und öffentliche Verkehrsmittel im lokalen Raum gelegt. Es werden sozial-innovative Modelle („good practice“) aus Deutschland, Finnland und Spanien vorgestellt, die belegen, dass es möglich ist, „Mobilitätslösungen auf kommunaler Ebene passgenau an die lokalen Erfordernisse einerseits und die Anforderungen einer älteren Bevölkerung andererseits entwickeln zu können“. Dabei nimmt Technik jeweils eine herausragende Rolle ein, womit auf die wachsende Bedeutung von Technikresistenz wie -akzeptanz im höheren Alter verwiesen wird. Zentral ist, dass die behandelten

Teilhabe im Alter gestalten

Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie

Naegele, G.; Olbermann, E.; Kuhlmann, A. (Hrsg.)

2016, XII, 511 S. 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-12483-0